

Inhalt

WBR-Frühjahrstagung	1
Meldungen von Mitgliedern und Partnern	2
Nachrichten aus Brüssel und vom CEEP	4
EU-News im Überblick	7
Aktueller Stand zum Thema Freihandelsabkommen	11
Kontakt	13

Impressum

Bundesverband Öffentliche Dienstleistungen - Deutsche Sektion des CEEP e.V. (bvöd)
Invalidenstraße 91
10115 Berlin
fon: +49 (0) 30 / 94 39 51 3 - 0
fax: +49 (0) 30 / 94 39 51 3 - 29
email: info@bvoed.de
www.bvoed.de

Wissenschaftsnachwuchs im bvöd



Am 10. Februar 2016 fand in Leipzig die jährliche wissenschaftliche Frühjahrstagung des Beirats des bvöd in Kooperation mit der Universität Leipzig und dem dort angesiedelten Kompetenzzentrum für Daseinsvorsorge zu dem Thema „**Daseinsvorsorge 4.0 – Auswirkungen der Digitalisierung auf die kommunale Infrastruktur**“ statt. Die inhaltliche und räumliche Nähe zur Universität und dem dortigen Institut wurde genutzt, um zum ersten Mal ein wissenschaftliches Nachwuchsprogramm in Form eines PhD-Workshops aufzulegen. Ziel ist es, Nachwuchswissenschaftler, die auf dem Gebiet der öffentlichen Daseinsvorsorge forschen, zusammenzubringen, ihnen die Gelegenheit zum gegenseitigen Austausch zu geben und darüber hinaus die Anwesenheit von Professoren und Lehrstuhlinhabern, von Managern aus Unternehmen sowie Verbandsvertretern zum Gespräch zu nutzen.

Auf Einladung des bvöd referierten **Prof. Dr.-Ing. Robert Holländer**, Universität Leipzig, **Ronald Juhrs**, Mitglied der Geschäftsführung der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, und **Dr. Gabriele Domschitz**, Verwaltungsdirektorin der Wiener Stadtwerke Holding AG.

Die Vorträge befassten sich mit der Frage, welche Herausforderungen die zukünftige Gestaltung der Daseinsvorsorge angesichts der immer weiter voranschreitenden Digitalisierung mit sich bringt. Thematischer Schwerpunkt der anschließenden Diskussion war der Umgang mit und die Nutzung von Daten. Dabei standen vor allem die Fragen nach dem Umgang immer größer werdender Datenmengen, dem wirtschaftlichen Wert der vorhandenen Daten sowie die Frage nach dem Datenschutz im Vordergrund. [zum Bericht](#)

Ihre
bvöd-Geschäftsstelle



Wir trauern um Prof. Dr. Dr. h.c. Helmut Jenkis

Im Alter von 88 Jahren ist Prof. Dr. Dr. h.c. Helmut Jenkis verstorben. Professor Jenkis war in den 80er-Jahren als Mitglied in den Wissenschaftlichen Beirat der Gesellschaft für Öffentliche Wirtschaft in seiner Eigenschaft als Honorarprofessor für Volkswirtschaftslehre mit dem Spezialgebiet Wohnungswirtschaft berufen worden und bis zuletzt als Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des bvöd aktiv.

Die Mitglieder des Beirats trauern um einen sehr geschätzten Kollegen. Sein Hauptinteresse galt der Wohnungswirtschaft und den volkswirtschaftlichen Zusammenhängen der öffentlichen Wirtschaft. Er widmete sich auch den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR und publizierte mehrere Bücher und zahlreiche Aufsätze. Beispielhaft sei hier sein Beitrag „Die gemeinnützige Wohnungswirtschaft im Widerstreit der Interessen und Meinungen“ genannt, der in einem Beiheft zur ZögU im Jahr 2000 erschien.

Meldungen von Mitgliedern und Partnern

Neues ZögU-Heft erschienen

Mit dem Erscheinen des 4. Heftes im Januar 2016 ist das Publikationsjahr 2015 der Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen (ZögU) abgeschlossen. [zum vollständigen Beitrag](#)

XX. Jahrestagung „Digitalisierung in der Energiewirtschaft“ an der Ruhr-Universität

Das Institut für Berg- und Energerecht an der Ruhr-Universität Bochum veranstaltet seine diesjährige Jahresveranstaltung zu dem Thema „Digitalisierung in der Energiewirtschaft“ am **17. März 2016**. [zum vollständigen Beitrag](#)

Kommunale Beteiligungssteuerung

Dr. Tobias Krause und **Prof. Dr. Isabella Proeller** von der Universität Potsdam haben die Steuerungsbeziehungen, die zwischen kommunalen Unternehmen und deren Trägerkommunen bestehen, näher untersucht. Dazu wurde unter anderem mit Unterstützung des bvöd eine „Führungskräftebefragung bei öffentlichen Unternehmen zur „Kommunalen Beteiligungssteuerung“ durchgeführt. Der [Bericht](#) kommt zu dem Ergebnis, dass viele Kommunen starke Tendenzen zur wirkungsorientierten Steuerung erkennen lassen; der wesentliche Steuerungsmechanismus bleibt danach die kommunale Besetzung in Gremien.

Konferenz zur Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss veranstaltet am **19. April 2016** eine öffentliche Anhörung zum Thema „[Financing Services of General Interest in the Aftermath of the Crisis: What Role of New Financing Instruments?](#)“. Die Konferenz wird von 9.30 bis 13.00 Uhr unter Vorsitz von CEEP Vize-Präsidentin Milena Angelova in Brüssel stattfinden.

WBR bei Anhörung zu ÖPP im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Prof. Dr. Mühlenkamp, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats (WBR) des bvöd, nahm am 25. Februar 2016 an einer mündlichen Anhörung des Finanzausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags zu öffentlich-privaten-Partnerschaften (ÖPP) teil. Die mündliche Anhörung „Landesvermögen schützen – Unwirtschaftliche öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) verhindern“ folgt einem von der Fraktion der Piraten im Juni 2015 veröffentlichten Antrag. Eine schriftliche Stellungnahme des WBR war zuvor eingereicht worden.

Die Stellungnahme des WBR finden Sie [hier](#).

Weitere Stellungnahmen und Informationen zur Anhörung finden Sie [hier](#).

Nachrichten aus Brüssel und vom CEEP

Europäisches Gütezeichen für gesellschaftliche Verantwortung (CEEP-CSR Label) – Bewerbungsphase 2016 ist gestartet

Die nächste Bewerbungsrunde für das Europäische Label zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen (CEEP-CSR Label) ist eröffnet. Unternehmen, die Interesse haben, ihre Aktivitäten im Bereich der gesellschaftlichen Verantwortung mit einem EU Label auszeichnen zu lassen, haben von nun an bis zum 16. April 2016 die Möglichkeit, ihre Aktivitäten zunächst anhand eines Online-Fragebogens in deutscher Sprache einer ersten Einschätzung zu unterziehen, um sich dann in einem zweiten Schritt formal für die Vergabe des Labels zu bewerben. [zum vollständigen Beitrag](#)

Europaweite CEEP-Umfrage “Spring 2016 Pulse of Public Services” ist gestartet

Der Europäische Verband der öffentlichen Arbeitgeber und Unternehmen CEEP hat Anfang Februar 2016 die Frühjahrsausgabe seiner europaweiten Umfrage „Pulse of Public Services“ unter öffentlichen Unternehmen und Erbringern öffentlicher Dienstleistungen gestartet. [zum vollständigen Beitrag](#)

Kommission und Rat bei CEEP-Treffen zu Mobilität und Verkehr

Die CEEP Transport Task Force traf sich zum ersten Mal in diesem Jahr am 8. Februar 2016, um gegenwärtige und zukünftige europäische Transport-Richtlinien zu diskutieren. In diesem Rahmen fanden auch Treffen mit Vertretern der Europäischen Kommission und der niederländischen Ratspräsidentschaft statt.

Während eines ersten Treffens besprach CEEP mit Vertretern der niederländischen Präsidentschaft und gleichzeitig Verhandlungsführern für den Europäischen Rat die laufenden Trilog-Verhandlungen zum 4. Eisenbahnpaket. Trotz der bereits erzielten Fortschritte gäbe es noch deutliche Uneinigkeiten bei der Direktvergabe, der Bereitstellung von Sozialleistungen sowie bei der Bestimmung der Übergangsphasen bei der Umsetzung der Richtlinie.

Guus van de Schouw, Generaldirektion Mobilität und Verkehr bei der Europäischen Kommission, gab einen Überblick über die Entkarbonisierungs-Strategie der Kommission im Verkehrsbereich. Diese soll sich auf drei Schwerpunkte stützen: Verbesserung der Fahrzeugeffizienz, kohlenstoffarme Kraftstoffe und besseres Management der Transportbedürfnisse. Ein erster Entwurf soll noch im Frühling 2016 veröffentlicht werden.

CEEP beim Makroökonomischen Dialog

Im Rahmen des Makroökonomischen Dialogs unter Vorsitz von Jeroen Dijsselbloem (Vorsitzender der Euro-Gruppe) am 11. Februar 2016 präsentierte Valeria Ronzitti, Generalsekretärin des CEEP, einen Vorschlag der Erbringer öffentlicher Dienstleistungen zur Ankurbelung der europäischen Wirtschaft. Wichtig sind dabei drei Schwerpunkte:

- Stärkere Einbindung der Sozialpartner bei Verhandlungen über Strukturreformprogramme auf europäischer und nationaler Ebene
- Umfangreicher Ansatz bei Investitionen in sozialen Infrastrukturen und Dienstleistungen
- Umfassende Wettbewerbspolitik

[Zur CEEP- Meldung](#)

Verhandlungen der Europäischen Sozialpartner zum Thema: „Aktives Altern und Generationengerechtigkeit“

Vertreter der europäischen Sozialpartnerorganisationen, CEEP, ETUC und BUSINESSEUROPE/UEAPME, leiteten am 9. Februar 2016 in Brüssel im Rahmen eines einführendes Seminars die Verhandlungen zu *Active Ageing and Intergenerational Solidarity* („Aktives Altern und Generationengerechtigkeit“) ein. Ziel des Treffens war es, Beispiele bewährter Verfahren zur Bewältigung der wachsenden demographischen Herausforderungen am Arbeitsplatz auf nationaler sowie europäischer Ebene vorzustellen. Für die deutsche Seite stellte Andreas Scholz-Fleischmann, Scholz & Partner GBR, das Unternehmensprojekt: „Demographischer Wandel in der Berliner Stadtreinigung (BSR)“ vor.

Die Verhandlungen werden offiziell am 18. März 2016 während eines Treffens in Brüssel beginnen.

[Arbeitsprogramms 2015-2017](#)

Mehr Informationen zu [Aktives Altern](#)

Digitalisierung: Treffen mit EU-Kommissar

Am 18. Februar 2016 fand ein Treffen zwischen Vertretern des CEEP und Andrus Ansip, Vizepräsident der Kommission und Kommissar für den digitalen Binnenmarkt, zur digitalen Binnenmarktstrategie der EU-Kommission statt.

Am 19. Februar 2016, ein Tag nach dem Treffen, wurde die neue CEEP-Arbeitsgruppe zum Thema Digitalisierung ins Leben gerufen. Die Digitalisierung wird auch eines der Schwerpunkte des nächsten Sozialgipfels am 16. März 2016 sein.

CEEP nimmt an Work-Life-Balance Konsultation teil

Am 23. Februar 2016 trafen sich die europäischen Sozialpartner, inklusive CEEP, mit Vertretern der Generaldirektionen Beschäftigung, Soziales und Integration (DG EMPL) und Justiz (DG JUSTICE), um die bestehenden Richtlinien zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie Geschlechtergleichstellung zu erörtern. In ihrem gemeinsamen [Arbeitsprogramm 2015-2017](#) hatten die europäischen Sozialpartner diese Themen als Schwerpunkte identifiziert und haben sich verpflichtet, diesbezüglich ein „fact-finding Seminar“ zu organisieren. Im Rahmen dieses Seminars sollen verschiedene nationale Systeme und Richtlinien untersucht werden und die Weichen für einen gemeinsamen Bericht mit Empfehlungen für Behörden gestellt werden. [zum vollständigen Beitrag](#)

CEEP-Stellungnahme zu TTIP Kapitel „Trade and Sustainable Development“

CEEP hat am 23. Februar 2016 eine Stellungnahme zur nachhaltigen Entwicklung bei Umwelt und Arbeit in TTIP veröffentlicht. Die EU-Kommission hatte am 6. November 2015 einen Textvorschlag für ein [Konzept für Nachhaltigkeit](#) in der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) vorgelegt, mit dem eine verantwortungsvolle und ressourcenschonende Handelspolitik im Interesse von Umwelt und Menschen in das Abkommen integriert werden soll. Einen Monat zuvor hatte die Kommission bereits ihre neue Handels- und Investitionsstrategie unter dem Motto [„Handel für alle: Hin zu einer verantwortungsbewussteren Handels- und Investitionspolitik“](#) vorgestellt. Die US-Seite hat sich zu dem EU-Vorschlag noch nicht offiziell geäußert.

[zum vollständigen Beitrag](#)

EU-News im Überblick

Winterbericht 2015 zur Umsetzung der Investitionspolitik der EU

Die [Winterausgabe 2015 von Panorama](#) ist jetzt online verfügbar. Der Leitartikel beschreibt, wie genau die Regionalpolitik zu den wichtigsten Prioritäten der EU für den Zeitraum 2014-2020 beiträgt. Infografiken, Projektbeispiele und ein Interview mit Kommissarin Corina Crețu erklären, wie die ESI-Fonds eine Vielzahl an Bereichen unterstützen, von Arbeitsplätzen über Forschung bis zur Migration.

Erste REFIT Sitzung in Brüssel

Am 29. Januar 2016 fand in Brüssel unter Vorsitz des Ersten Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Frans Timmermans, die erste Sitzung zur REFIT-Plattform statt. 48 Teilnehmer unterschiedlichster Interessengruppen, des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Ausschusses der Regionen und der Mitgliedstaaten kamen zusammen, um EU-Rechtsvorschriften und deren Umsetzung in den Mitgliedstaaten auf Wirksamkeit und Effizienz zu überprüfen. Der CEEP ist in der Plattform über seine Generalsekretärin Valeria Ronzitti vertreten. Es wurden zunächst anhand des Arbeitsprogramms der EU-Kommission schwerpunktmäßig zu betrachtende Politikfelder identifiziert.

Die Arbeit der REFIT-Plattform will sich auf die Beiträge ihrer Mitglieder stützen, aber auch Anregungen der Öffentlichkeit über das Online-Portal [Lighten the Load](#) aufnehmen. Dieses neue Portal kann genutzt werden, um Vorschläge für eine Verringerung von unnötigem Verwaltungsaufwand zu unterbreiten, mit dem Bürger und Unternehmen im Alltag konfrontiert sind. Die Mitglieder der Plattform werden die Beiträge im Hinblick auf praktische Möglichkeiten für ihre Umsetzung bewerten, ohne dass die politischen Ziele der einschlägigen Rechtsakte beeinträchtigt werden.

Die Kommission wird auf alle Vorschläge der Plattform eingehen und systematisch und öffentlich ihre Folgemaßnahmen zu den einzelnen Vorschlägen erläutern. Mittels ihrer Vertreter in der Plattform sind die Mitgliedstaaten gehalten, ebenso vorzugehen, für den Fall, dass die Vorschläge die Umsetzung und Durchführung von EU-Recht in nationales Recht betreffen.

[Zur vollständigen Pressemitteilung](#) der EU-Kommission

EU und USA einigen sich auf ein neues Datenschutzabkommen

Die Europäische Kommission und die USA haben eine politische Einigung über ein neues Abkommen zum transatlantischen Austausch von Daten erzielt. Dies teilten EU-Kommissionsvizepräsident Andrus Ansip (Digitaler Binnenmarkt) und EU-Justizkommissarin Věra Jourová am 2. Februar 2016 in einer Pressekonferenz

mit. Der neue Rahmen soll demnach die Grundrechte der europäischen Bürger schützen und Unternehmen Rechtssicherheit bieten. Weiterhin soll er auch den Vorgaben des Europäischen Gerichtshofes entsprechen. Die Richter hatten im Oktober 2015 im sogenannten „Schrems-Urteil“ (EuGH, 06.10.2015 - C-362/14) das alte Safe-Harbour-Abkommen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten für ungültig erklärt.

Zum Datenschutztag am 28. Januar 2016 hatten sich EU-Kommissare Ansip und Jourová zu der im Dezember 2015 beschlossenen EU-Datenschutzreform bekannt und vor allem die Bedeutung von Privatsphäre und Datenkontrolle im digitalen Zeitalter betont.

Am 29. Februar 2016 hat die Kommission nun das Legislativpaket zum neuen Datenschutzschild vorgelegt. Dazu gehören der sogenannte Angemessenheitsbeschluss der Kommission, die schriftlichen Zusicherungen der USA, die im US-Bundesregister veröffentlicht werden, sowie eine Mitteilung der Kommission zu den neuen Garantien für transatlantische Datenübermittlungen.

Mit dem Angemessenheitsbeschluss wird bescheinigt, dass die Garantien für die Übermittlung von Daten auf der Grundlage des neuen EU-US-Datenschutzschild den Datenschutzstandards der EU entsprechen.

Garantiert werden soll dies auf folgende Weise:

- Strengere Auflagen für Unternehmen und konsequente Durchsetzung
- Klarere Schutzvorkehrungen und Transparenzpflichten beim behördlichen Datenzugriff
- Schutz der EU-Bürger durch Rechtsbehelfe
- Gemeinsame jährliche Überprüfung

Bevor das Kollegium abschließend entscheidet, wird ein Ausschuss aus Vertretern der Mitgliedstaaten und EU-Datenschutzbehörden konsultiert, der zu dem Datenschutzschirm Stellung nimmt. Über den Abschluss des Abkommens entscheidet der Rat nach Zustimmung des Europäischen Parlaments.

[Zur vollständigen Pressemitteilung der Kommission zur politischen Einigung](#)

[Zur Stellungnahme der Kommissare Ansip und Jourová](#)

[Zu Hintergrundinformationen zur Europäischen Datenschutzreform](#)

[Zum Legislativpaket „EU-US-Datenschutzschild“](#)

[Zum Entwurf des Angemessenheitsbeschluss](#)

Europäische Kommission setzt sich für die Verbesserung des mobilen Netzes ein

Die Europäische Kommission hat am 2. Februar 2016 ein langfristiges Konzept für die Nutzung des Ultrahochfrequenzbandes für Mobilfunkdienste vorgeschlagen. Dadurch soll der mobile Internetzugang in

Europa nachhaltig verbessert werden. Das Ultrahochfrequenzband wird gegenwärtig vor allem für Fernsehausstrahlungen genutzt.

Ziel ist es, die Nutzung von Funkfrequenzen auf EU-Ebene besser zu koordinieren, um Störungen zu vermeiden und innovative Anwendungen, wie in vernetzten Fahrzeugen oder im Bereich der Telemedizin, europaweit zu sichern. Zudem steigt der Bedarf an drahtlosen Breitbandverbindungen: Bis 2020 wird fast achtmal so viel Internetverkehr über Mobilfunknetze laufen wie heute.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Evaluierung der Regionalpolitik – Neue Konsultation der Kommission

Im Rahmen der Implementierung und Überprüfung der Effektivität der EU-Regionalpolitik hat die Europäische Kommission am 3. Februar 2016 eine [europaweite Konsultation](#) über die ex-post Evaluierung des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und des Kohäsionsfonds in der Förderperiode 2007-2013 eröffnet. Das Verfahren sieht eine Evaluierung der erfolgten Maßnahmen anhand der Erfahrungswerte der einschlägigen Stakeholder und der Öffentlichkeit vor.

Stellungnahmen können in allen EU-Sprachen über folgenden [Link](#) bis zum 27. April 2016 abgegeben werden.

Europäischer Arbeitsmarkt: Höchste Beschäftigungsrate seit 2008

Sozialkommissarin Marianne Thyssen stellte am 12. Februar 2016 den vierteljährlich erscheinenden Bericht zur Beschäftigung und sozialen Lage vor. Aus dem Bericht geht hervor, dass die Beschäftigungsraten aller Bevölkerungsgruppen im 3. Quartal 2015 europaweit gestiegen sind. Vor allem sind die erhöhten Beschäftigungsraten bei älteren Arbeitnehmern zwischen 55 und 59 Jahren von Bedeutung. Beschäftigungszuwachs gab es besonders im Dienstleistungsbereich.

[Zur vollständigen Pressemitteilung](#)

[Zum Bericht 3. Quartal 2015](#)

Europäische Kommission stellt Energie-Winterpaket vor

Die EU-Kommission hat am 16. Februar 2016 ihr Energie-Winterpaket vorgelegt. Dieses sieht eine Reihe von Maßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung vor. Dazu gehört ein Vorschlag zur Überarbeitung der Verordnung zur Sicherung der Gasversorgung, ein Beschluss über zwischenstaatliche Abkommen im Energiebereich, eine Strategie für Flüssigerdgas und die Speicherung von Gas sowie eine Strategie zur Wärme- und Kälteerzeugung. [zum vollständigen Beitrag.](#)

Europäische Kommission eröffnet Konsultation zum European Innovation Council

Die Europäische Kommission hat am 16. Februar 2016 eine europaweite Konsultation zum European Innovation Council (EIC) eröffnet. Der EIC soll zur Integration der europäischen Forschungsprogramme und zur allgemeinen Förderung der Innovation in Europa beitragen. Insbesondere sollen dabei technologische Innovationen (Disruptive Innovations) und die zügige Ausdehnung der Produktion ins Auge gefasst werden, um gerade kleinen und mittleren Unternehmen Zugang zum Weltmarkt zu verschaffen. [zum vollständigen Beitrag](#)

Industrie- und Energieausschuss diskutiert europäisches Energiemarktdesign

Im Hinblick auf das für Ende 2016 vorgesehene Legislativpaket der Europäischen Kommission zum europäischen Strommarktdesign hat der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie im Europäischen Parlament (ITRE) darüber diskutiert und beschlossen einen Initiativbericht zu verfassen.

Investitionsplan für Europa – Kommission veröffentlicht Leitfaden zu Synergien zwischen Strukturfonds und EFSI

Im Rahmen der Umsetzung des Investitionsplans für Europa, die auf einer Initiative des aktuellen Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker beruht, hat die EU-Behörde zusammen mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) am 22. Februar 2016 einen [Leitfaden](#) zu den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) und dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) veröffentlicht. [zum vollständigen Beitrag](#)

Diskussionen zum Europäischen Semester und zur Mehrwertsteuerreform

Die Europäische Kommission hat am 24. Februar 2016 über die wirtschaftlichen Herausforderungen der Mitgliedstaaten und über eine Mehrwertsteuerreform in der EU diskutiert. Im Rahmen der wirtschaftspolitischen Überwachung berieten die Kommissare darüber, wie einzelne Mitgliedstaaten die EU-weit verabschiedeten länderspezifischen Reformempfehlungen umsetzen. Im März 2016 will die Kommission einen Aktionsplan zur Mehrwertsteuerreform vorstellen. [zum vollständigen Beitrag](#)

Europäisches Semester: Kommission veröffentlicht Länderberichte

Im Rahmen des [Europäischen Semesters](#) zur Haushalts- und wirtschaftspolitischen Koordinierung legte die Europäische Kommission am 26. Februar 2016 die [Länderberichte](#) vor, in welchen die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten aufgeführt sind. Die Berichte dienen als Grundlage für den Dialog mit den Mitgliedstaaten über deren nationale wirtschaftspolitische Strategien und werden später in einzelnen länderspezifischen Empfehlungen der Kommission münden. [zum vollständigen Beitrag](#)

Aktueller Stand zum Thema Freihandelsabkommen

Gemeinsame Erklärung der Sozialpartnerorganisationen zu Freihandelsabkommen

Die Europäischen Sozialpartnerorganisationen, CEEP, ETUC, Social Platform und EPSU, haben am 3. Februar 2016 eine [gemeinsame Erklärung](#) zu der Gewährleistung öffentlicher Dienstleistungen in Freihandelsabkommen veröffentlicht. Die Stellungnahme unterstützt die vom Europäischen Parlament am gleichen Tag angenommene Resolution zu TiSA (Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen), in welcher Europäische Abgeordnete den vollkommenen Ausschluss von öffentlichen Dienstleistungen in Freihandelsabkommen fordern. Mit dieser Erklärung setzen sich die Sozialpartnerorganisationen für die Übernahme einer sogenannten „Gold-Standard-Klausel“ für Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in allen Freihandelsabkommen – nicht nur TiSA – ein. Diese soll verhindern, dass die Kompetenz der Mitgliedstaaten, Dienstleistungen zu erbringen, in jeglicher Form beeinträchtigt wird. Damit soll sichergestellt werden, dass öffentliche Dienstleistungen auch weiterhin zugänglich, finanziell tragbar und hochwertig bleiben.

Aktueller Stand zu TiSA:

Europäisches Parlament nimmt Bericht zu TiSA an

Das Europäische Parlament hat am 3. Februar 2016 den Bericht des Handelsausschusses (INTA) zu TiSA angenommen. Den angenommenen Bericht finden Sie [hier](#).

Darin formulieren die Abgeordneten Ratschläge an die Europäische Kommission, die im weiteren Verhandlungsverlauf zu berücksichtigen sind. Dazu gehört unter anderem, kritische Sektoren wie Bildung oder Finanzdienstleistungen sowie alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge dauerhaft vom Anwendungsbereich des Abkommens auszuschließen. Dazu planen die Abgeordneten die Ausarbeitung einer "Gold Standard"-Schutzklausel (siehe oben), die auch in allen zukünftigen Freihandelsabkommen der EU verankert werden soll. Das TiSA-Abkommen soll die Grundlage eines angepassten Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen sein.

Weitere Verhandlungsrunde zu TiSA abgeschlossen

Vom 31. Januar bis zum 5. Februar 2016 fand die 16. Verhandlungsrunde zu dem Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) in den USA statt. Verhandelt wurde unter anderem zu den Themen Finanzdienstleistungen, E-Commerce, und Transparenz.

Die nächste Verhandlungsrunde wird Anfang April 2016 in Australien stattfinden.

[Zum Bericht der Kommission](#)

Aktueller Stand zu TTIP:

12. Verhandlungsrunde in Brüssel:

In Brüssel fand vom 22. bis 26. Februar 2016 die 12. Verhandlungsrunde zu TTIP statt. Themen der Verhandlungsrunde waren Industriegüter, geographische Bezeichnungen, Dienstleistungen, Investitionen und zum ersten Mal öffentliches Auftragswesen. Weiterhin soll der [Vorschlag der EU-Kommission](#) für ein neues System zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten besprochen werden.

Im Rahmen der abschließenden Pressekonferenz zur 12. Verhandlungsrunde am 26. Februar 2016 bestätigte Ignacio Garcia Bercero, Verhandlungsführer der EU, dass die Verhandlungsrunde verlängert wird. Dies wurde beschlossen, nachdem nicht alle Themen ausführlich besprochen werden konnten. In der ersten Märzwoche wurden die Angebote zu Ursprungsregeln und zum öffentlichen Auftragswesen ausgetauscht; drei Verhandlungstage sind für diese Angebote vorgesehen. Bis zum Sommer sollen dann die Angebote zu allen regulatorischen Bereichen vorliegen. Um dies zu gewährleisten, wird es zwei zusätzliche Verhandlungsrunden geben.

Das Ziel, die Verhandlungen zu einem ersten Entwurf bis Ende 2016 abzuschließen, wurde von den Verhandlungsführern noch einmal betont. Priorität habe allerdings der Abschluss eines substantiellen und ausgewogenen Abkommens: Qualität gehe vor Schnelligkeit.

Umweltrat veröffentlicht Stellungnahme zu TTIP

Der [Sachverständigenrat für Umweltfragen](#) (SRU) hat am 22. Februar 2016 eine [Stellungnahme](#) zu TTIP veröffentlicht. In dieser spricht sich der SRU für eine umweltgerechte Ausgestaltung des Freihandelsabkommens aus und legt konkrete Vorschläge vor.

Da durch TTIP unter anderem Umwelt- und Verbraucherschutzvorschriften sowie technische Regelwerke angeglichen oder gegenseitig anerkannt werden sollen, dürfen Regelungen zum Schutz der Umwelt nicht verzögert und Standards nicht gesenkt werden. Auch das Vorsorgeprinzip, welches das europäische Umweltrecht prägt, sollte im Verhandlungstext konkret verankert werden.

Weiterhin sei auch die ausgewogene und effektive Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Vorbereitung und Umsetzung von TTIP von zentraler Bedeutung. Insoweit müsste sichergestellt werden, dass sich auch Akteure, denen weniger Ressourcen zur Verfügung stehen, einbringen können und Gehör finden.

Mit Blick auf die Schiedsgerichte, begrüßt der SRU den Vorschlag der EU-Kommission zur Einrichtung eines ständigen Gerichtshofes. Falls dieser Vorschlag nicht angenommen würde, sollte in TTIP auf die Schiedsgericht verzichtet werden.

Aktueller Stand zu ISDS:

Stellungnahme des Deutschen Richterbunds zu Schiedsgerichten in TTIP

In einer Stellungnahme lehnt der Deutsche Richterbund die von der EU-Kommission vorgeschlagene Errichtung eines Investitionsgerichtes im Rahmen der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) ab. Für ein solches Gericht gebe es weder Rechtsgrundlage noch Notwendigkeit, so der Deutsche Richterbund.

[Zur vollständigen Pressemitteilung](#)

EU und Kanada einigen sich auf geänderten Investitionsschutz

Die Europäische Kommission und die Kanadische Regierung haben vereinbart, im Rahmen des umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens zwischen der Europäischen Union und Kanada (CETA) einen neuen Ansatz beim Investitionsschutz und bei der Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zugrunde zu legen.

In die endgültige Fassung des CETA wurden jetzt wesentliche Elemente des neuen EU-Ansatzes im Bereich Investitionen übernommen, der bereits im TTIP-Vorschlag der EU vom November 2015 dargelegt wurde und auch bereits im kürzlich fertiggestellten Freihandelsabkommen zwischen der EU und Vietnam zugrunde gelegt wurde. Das Abkommen zwischen der EU und Kanada war 2014 abgeschlossen worden.

[Zur vollständigen Pressemitteilung der EU-Kommission](#)

Kontakt

[bvöd-Geschäftsstelle](#)

fon +49 (0) 30 / 943 95 13 - 0

email info@bvoed.de

[Alle bisherigen Newsletter-Ausgaben](#)

[Newsletter abonnieren](#) – zur Abbestellung genügt eine Mail an info@bvoed.de

